



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.01.2015, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Kommune bewegt Welt - Ludwigsburg engagiert
sich in Burkina Faso
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** berichtet anhand einer Präsentation über das Engagement Ludwigsburgs in Burkina Faso im Rahmen einer Klimapartnerschaft. Mit einem Besuch im Januar und einigen Workshops in Burkina Faso habe man die Weichen für eine Entwicklungszusammenarbeit gestellt. Ludwigsburg engagiere sich dort bereits seit dem Jahr 2006 zusammen mit der Partnerstadt Montbéliard. Insbesondere werde die Stadt Kongoussi in der Provinz Bam unterstützt. Das Engagement in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit stelle auch einen Teil der globalen Verantwortung dar. Unterstützung erfolge unter anderem durch Kirchen, Schulen und Vereine mittels Spenden und dem Einsatz für den fairen Handel. Eine Form der unmittelbaren kommunalen und bürgerschaftlichen Hilfe stelle die Städtepartnerschaft dar. Ludwigsburg helfe vor allem im Bereich der Bildung, Montbéliard im Bereich der Landwirtschaft und der Wasserversorgung vor Ort. So sei beispielsweise eine Schule in Bam gebaut worden. Des Weiteren sei die erste berufliche Schule mit Spendenmitteln aus Ludwigsburg finanziert worden. Da es keinen Arbeitsmarkt für solche Ausbildungsformen gebe, wolle man nun eine Werkstatt an der Hauptstraße errichten. Mit den Verbesserungen im Bereich der Landwirtschaft halte man lediglich mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt. Daher stelle man auch Frauen Parzellen, auf denen bis zu 2 Ernten pro Jahr möglich seien, für die Bewirtschaftung zur Verfügung. Die Partnerstadt Montbéliard und der Verein Burkina Faso e.V. engagierten sich gemeinsam mit der Stadt Ludwigsburg in Burkina Faso. Es seien 6 oder 7 Projekte als Resultat der Workshops in den Bereichen Trink- und Brauchwasser, Solarenergie und Gewässerschutz vorgesehen. Bis zum September solle das Programm der Projekte feststehen. Dafür sollten pro Projekt 45.000 Euro von der Organisation „Engagement Global“ und 5.000 Euro lokal aufgebracht werden. Wenn das Projekt konkreter werde, wolle man das Gremium erneut informieren.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** führt aus, dass ein Projekt „Faire Schule“ eine gute Idee wäre, da so Partnerschaften mit anderen Schulen mögliche Projekte unterstützen könnten.

EBM **Seigfried** erklärt, dass man bereits viel Unterstützung durch Schüleraktivitäten erhalte und die Projektgruppe „Fairer Handel“ Projekte durchführe.

Beschluss:

Die Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen wird entsprechend der Vorlage fortgeschrieben, den in der Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) verweist auf die Vorl.Nr. 459/14 und erläutert die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen für die Jahre 2015/2016 anhand einer Präsentation. In diesem Jahr müssten nur wenige Anpassungen bei den Plätzen in den Kindertageseinrichtungen vorgenommen werden. Rechtsgrundlage der Bedarfsplanung stelle das Kinder- und Jugendhilfegesetz dar. Ziel sei es, das Angebot, die Nachfrage, den Bedarf und schließlich die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung zu ermitteln. Die Bedarfsplanung erfolge jährlich zum Stichtag 30. Juni. Man ermittle den Bestand in den Stadtteilen und kommuniziere mit den Trägern über nötige Änderungen. Es erfolge anschließend auch eine Abstimmung mit den Stadtteilen, relevant sei jedoch nur der gesamtstädtische Bedarf. Daraufhin werde eine Vordiskussion in der Steuerungsgruppe vorgenommen. Im Gremium würden dann der Bestand, der Bedarf, die Kriterien sowie die umzusetzenden Maßnahmen beraten. Für die Jahre 2015/2016 werde durch die Anträge in der Summe keine Veränderung im Betreuungsplatzbedarf herbeigeführt.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass sich der dynamische Ausbau der Kindertagesstätten abflachen werde. Man gehe davon aus, dass Ludwigsburg weiter wachsen werde, die Kinderzahlen jedoch in der gleichen Größenordnung wie bisher bleiben würden. In den nächsten 10 Jahren würden noch Betreuungsplätze geschaffen, anschließend gehe die Prognose von rückläufigen Kinderzahlen aus, sodass ein weiterer Ausbau des Ganztages und der Inklusion wichtige Aufgaben würden. In der Bedarfsplanung seien alle bereits beschlossenen Maßnahmen enthalten. Er weist darauf hin, dass der Personalschlüssel an sich nicht sinke, jedoch könne durch die Veränderung des Bedarfs eine Stelle eingespart werden.

Stadtrat **Meyer** gibt an, dass seine Fraktion der Bedarfsplanung zustimmen werde. Er möchte wissen, ob die Entwicklung der Bedarfsplanung auch Thema der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales sei.

Stadtrat **Kasdorf** lobt die Arbeit des Fachbereichs. Der intensive Ausbau des U3-Bereichs habe zu hohen Kosten geführt. Er fragt, was genau die Anpassung und Optimierung der Angebote in den Kindertageseinrichtungen beinhalte. Man werde der Vorlage zustimmen.

Der Meinung, dass Bildung Geld koste, ist Stadtrat **Daferner**. Diesen Bereich müsse man auch in Zukunft gemeinsam weiterentwickeln und auch die Flüchtlingsproblematik betrachten.

Die Problemthemen hinsichtlich der niedrigen Versorgungsquoten in Oßweil und Neckarweihingen sollten weiterhin im Blick behalten werden. Auch die Fragestellung, was es bedeute, wenn Ludwigsburg weiter wachsen werde, solle beraten werden. Für die Planungen ab dem Jahr 2016 sei es auch wichtig zu überlegen, welche Finanzmittel für die Veränderungen im Betreuungsbereich benötigt würden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** ist der Ansicht, dass man nun ein Etappenziel erreicht habe. Sie spreche sich für den weiteren Ausbau aus. Die Qualitätsstandards seien hierbei sehr wichtig. Die Versorgung in den Stadtteilen und den neuen Stadtgebieten sowie die Problematik der Zuwanderer müssten jedoch weiterhin beachtet werden. Man werde der Vorlage zustimmen.

Das Problem beim Kinder- und Familienzentrum Am Sonnenberg oder der Versorgung in Neckarweihingen, spricht auch Stadtrat **Heer** an. Seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen. Zu bedenken gibt er, dass einen großen Teil der Kosten die Stadt trage. Es wäre daher erfreulich, wenn das Land in Zukunft mehr Zuschüsse gewähren würde. Des Weiteren bittet er darum, eine Präsentation, die andere oder zusätzliche Informationen als in der Vorlage enthält, bereits vor der Sitzung zu erhalten.

Frau **Schmetz** erklärt, dass im Bereich des Ausbaus der Kindernester das strategische Ziel bestehe ein neues Kindernest pro Jahr aufzubauen. Die Kindernester seien jedoch nicht so leicht planbar wie eine Kindertageseinrichtung. Die weitere Entwicklung der Kinderbetreuung wolle man in diesem Jahr, beispielsweise in der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales, diskutieren. Die Flüchtlingsaufnahme habe im Oktober des Jahres 2014 begonnen, da der Stichtag der Bedarfsplanung jedoch der 30.06.2014 gewesen sei, spielten die Flüchtlinge noch nicht in diese hinein. Man habe jedoch noch Freiräume bei den Plätzen und arbeite trägerübergreifend an zusätzlichen Modellen für die speziellen Lebenssituationen der Flüchtlinge. Wie in Anlage 1 der Vorlage ersichtlich würden immer mehr Regelgruppen abgebaut und zu einer VÖ 7- Betreuung geändert.

Stadtrat **Meyer** möchte wissen, ob es sinnvoll sei in den großen Asyleinrichtungen Kindernester einzurichten.

Besondere Spielgruppenformen für die Flüchtlingseinrichtungen seien angedacht, da einige Eltern Angst hätten ihre Kinder aus der Einrichtung herauszulassen, führt Frau **Schmetz** aus.

Stadtrat **Daferner** sei es wichtig, auch die Inklusion und den Ganzttag bei der Entwicklung der Kinderbetreuung zu betrachten und zu diskutieren.

Die Situation des Tagesmüttervereins erfragt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

EBM **Seigfried** erläutert, dass das Kompetenzzentrum Kindertagesbetreuung für Tagesmütter über das Landratsamt verwaltet werde. In diesem Bereich erreiche man in Ludwigsburg eine hohe Quote für ein städtisches Umfeld. Er weist auf die gestiegenen Kinderzahlen in der Vorlage und deren Zusammenhang mit der Versorgungsquote hin. Anschließend lässt EBM Seigfried über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beratungsverlauf:

Über den Ausbau der Förderung durch das Landesprogramm für die Kontaktstelle Frau und Beruf berichten Frau **Wiest** und Frau **Funke** (Kontaktstelle Frau und Beruf für Stadt und Landkreis Ludwigsburg). Vor einem Jahr habe es bereits einen Bericht gegeben. Das Programm in Ludwigsburg bestehe seit dem Jahr 1989, da man damals im Bundesprogramm begonnen habe. Das Landesprogramm werde nun ausgebaut und der Auftrag erweitert. Der Auftrag stelle die Erschließung des Fachkräftepotenzials, die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit dar. Die Themen umfassten Teilzeitarbeit, die Ausbildung von Frauen in technischen Berufen, das Netzwerk Ludwigsburger Unternehmen und vieles mehr. Daher beinhalte das Angebot beispielsweise eine kostenlose Einzelberatung, Workshops und die Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf. Aktuell werde an dem Konzept eines Freundeskreises gearbeitet, um die Arbeitsweise zu optimieren. Eine Vermietung von Arbeitsplätzen und Seminarräumen werde durch die Co-Working Station (KÖ43) ermöglicht. Durch den Ausbau des Landesprogrammes solle die Gesamtfördersumme des Landesprogramms in ganz Baden-Württemberg von 1,2 Millionen Euro auf 2,4 Millionen Euro erhöht, in allen 13 Regionen eine Kontaktstelle umgesetzt und eine Koordinierungsstelle für die landesweiten Aktivitäten im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen eingerichtet werden. Die Broschüren und einen Newsletter mit dem Angebot des ersten Halbjahres 2015 werden den Stadträten ausgeteilt.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass es sich um ein gemeinsames Angebot von Stadt und Landkreis handele.

Stadträtin **Dr. Traub** lobt das breite Spektrum des Programms. Die Kontaktstelle weise eine hohe Weiterempfehlungsquote auf und das Gelernte aus den Workshops würde auch tatsächlich umgesetzt. Die Co-Working Station trage zum Austausch der Frauen untereinander bei. Zusätzliche Angebote speziell für Migrantinnen halte sie für wünschenswert, insbesondere da in den Flüchtlingsländern oft eine für Frauen schwierige Situation vorherrsche.

Glückwünsche hinsichtlich der Aufwertung durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Lob, äußert Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Es bestehe darüber hinaus Interesse an einem Besichtigungstermin der Kontaktstelle.

Stadträtin **Faulhaber** sieht es als herausragend an, dass Ludwigsburg 25 Jahre Erfahrung in dem Bereich aufweise und das Angebot weiterentwickelt werde. Sie regt an auch Studentinnen in das Angebot einzubeziehen.

Stadträtin **Moersch** und Stadtrat **Heer** schließen sich dem Lob und dem Dank ihrer Vorredner an.

Frau **Wiest** erklärt, dass sie die Migrantinnen nicht gesondert behandelten, da alle Bürgerinnen von Ludwigsburg angesprochen seien. Sie hätten bereits viele Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund vorzuweisen.

Dass mit der Pädagogischen Hochschule und der evangelischen Hochschule bereits enger Kontakt bestehe, führt Frau **Funke** aus.

Indikatoren für das Erreichen der Zielsetzung zu setzen, beispielsweise durch einen Fragebogen, schlägt Stadtrat **Weiss** vor.

Frau **Wiest** erklärt, dass die Evaluation vom Ministerium gesteuert werde und alle 2 Jahre eine Nachbefragung stattfinde.

Einen Besuch der Kontaktstelle sagt EBM **Seigfried** für eine der nächsten Sitzungen zu.

Beratungsverlauf:

Der Jahresbericht über das Bürgerbüro des Fachbereichs Bürgerdienste erfolgt mit Verweis auf die Vorl.Nr. 006/15 durch Herrn **Schindler** (FB Bürgerdienste). Im Bürgerbüro seien einige Veränderungen vorgenommen worden. So konnten die Wartezeiten unter anderem durch organisatorische Anpassungen deutlich verkürzt werden, die Arbeitsplätze und Flure neu gestaltet werden. Des Weiteren werde im Ausländerrecht eng mit Dolmetschern und dem Migrationszentrum zusammen gearbeitet, um auf die besonderen Bedürfnisse der Migranten eingehen zu können. Langfristig bestehe das Ziel die elektronische Ausländerakte einzuführen. Auch die Außenstellen in Poppenweiler und Neckarweihingen würden gut angenommen. Schließlich wäre für das zukünftige eGovernment beispielsweise ein Bürgerterminal vorgesehen, an welchem Personalausweise beantragt werden könnten. Bisher würden Angebote des eGovernments allerdings noch zu wenig genutzt. Daher gebe es auch keine entsprechenden Broschüren zu diesem Thema.

Stadtrat **Haller** führt aus, dass das Bürgerbüro ein Aushängeschild für die Verwaltung darstelle. Der Raumbedarf sei unter den Aspekten der Modernisierung und Optimierung zu betrachten. Wenn dann noch ein Bedarf bestünde, dann müssten Räume auch dezentral und bürgernah geprüft werden. Dies hätte Kosteneinsparungseffekte und kürzere Wege für die Bürger zur Folge. Er lobt die Arbeit der Mitarbeiter des Bürgerbüros.

Stadtrat **Köhle** äußert im Namen seiner Fraktion Dank für die Arbeit der Mitarbeiter des Bürgerbüros. Er selbst habe positive Erfahrungen im Bürgerbüro gemacht.

Seinen Vorrednern schließt sich Stadtrat **von Stackelberg** an. Der Aufwand für die Umgestaltung der Bürgerbüros werde durch die hohen Besucherzahlen gerechtfertigt. Des Weiteren halte er die Gebühren für die Ausstellung eines neuen Personalausweises für zu hoch. Interessant sei die zukünftige Ausgestaltung des eGovernments. Er fragt sich, was die Umsetzung dessen dann für Kosten, welchen Raum- und Personalbedarf und welche Einsparungen mit sich bringen würde. Die Erfahrungen anderer Kommunen mit der Einführung des eGovernments würden Stadtrat von Stackelberg interessieren.

Stadtrat **Weiss** wolle zum Thema eGovernment mehr Informationen über Maßnahmen, die umsetzbar seien. Darüber hinaus solle zunächst dieses Handlungsfeld geprüft werden bevor man den Raum- und Personalbedarf angehe.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass das eGovernment mittelfristig nicht umsetzbar sei.

Beratungsverlauf:

Die geplante Neuausrichtung des Seniorenbüros erläutert Frau **Sperzel** (FB Bürgerschaftliches Engagement) anhand der Vorl.Nr. 003/15. Das zugrunde liegende vier Säulen-Modell basiere auf folgenden Themen: das Seniorenbüro als Anlaufstelle und Begegnungsstätte, die Förderung des Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung, Beratung und Information durch den Pflegestützpunkt und die verwaltungsinterne Fachberatung. Das Seniorenbüro solle weiterhin Anlaufstelle mit geregelten Sprechzeiten sein. Räumliche Veränderungen in Form eines Front Office seien vorgesehen. An drei Standorten stelle das Seniorenbüro auch eine Begegnungsstätte dar. Das Seniorenbüro umfasse vor allem Projekte mit und für ältere Menschen zu verschiedenen Themen. Zusammen mit dem Landratsamt werde der Pflegestützpunkt für die Pflegeberatung geführt. Im Zuge der Neuaufstellung sollten die Aufgaben zukünftig klar den einzelnen Mitarbeitern zugeteilt werden und eine gute Kooperation mit dem Fachbereich Sport und Gesundheit erfolgen. Als eines der Ziele der Weiterentwicklung wolle man in Zukunft auch bildungsferne Schichten erreichen. Auch Themen der Inklusion, des Wohnens, der Sicherheit im Alter, der Altersarmut und der Vereinsamung sollten verstärkt betrachtet werden.

Laut Stadtrat **Herrmann** unterstützt die CDU-Fraktion die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit. Es sei eine Änderung der Generationen auch bei den Senioren zu beobachten. Mittelfristig müssten die Räumlichkeiten in der Kurfürsten- und Oststraße besser mit anderen Einrichtungen, wie dem Kinder- und Familienzentrum und der Paulusgemeinde, vernetzt werden. Zum Teil bestehe bei den Einrichtungen kein barrierefreier Zugang. Auch eine klare Kompetenzzuweisung sei vonnöten. Er äußert seinen Dank für die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen.

Der Ansicht, dass sich die Bürger in Ludwigsburg gegenseitig helfen würden ist Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie möchte wissen, wer zu den Sprechzeiten in der Stuttgarter Straße für Fragen zur Verfügung stehe. Die Nachbarschaftsnetzwerke seien insbesondere beim Thema Wohnen wichtig. Sie regt an, auch Shuttle- und Taxidienste zu Veranstaltungen in den Stadtteilen für ältere Menschen anzubieten. Darüber hinaus solle man auch die Beteiligung von Senioren an der Zukunftskonferenz forcieren. Sie regt die an, die ungemütliche Begegnungsstätte in der Oststraße im Rahmen des Entwicklungsbereichs Ost einzubeziehen und somit einen Umzug und eine Neuaufstellung dieser zu ermöglichen. Auch eine Akquise von Kräften bei der Zukunftskonferenz sei möglich.

Stadtrat **Daferner** begrüßt die Neuausrichtung des Seniorenbüros. Bei der Zukunftskonferenz solle man über die Zukunft der Begegnungsstätten insgesamt diskutieren. Die zum Teil fehlende Barrierefreiheit werde zunehmend als Problem angesehen. Stadtrat Daferner lobt die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen im sozialen Bereich. Die 4. Säule der verwaltungsinternen Beratung sei eine gute Querschnittsaufgabe. Weiterhin könne man auch die Migranten in das Ehrenamt integrieren und entsprechend qualifizieren.

Bisher habe das Seniorenbüro gute Arbeit geleistet, findet Stadtrat **Dengel**. Die Neuausrichtung sei sowohl für die Mitarbeiter als auch die Kunden positiv. Nach seiner Schätzung habe man durch das Ehrenamt allein am Standort in der Kurfürstenstraße etwa 50.000 Euro gespart.

Stadtrat **Heer** sieht die Seniorenarbeit als sehr wichtig an. Die Anforderungen der Senioren hätten sich geändert und daher sei die Neuausrichtung notwendig. Des Weiteren könne man die Bürgertreffs in das Angebot einbinden. Doppelstrukturen durch dieselben Angebote wie die Gesundheitskassen sollten vermieden werden. Die Koordination der Verwaltungstätigkeit sei sehr wichtig.

EBM **Seigfried** erklärt, dass ein hoher Pflegeunterstützungsbedarf aufgrund der älter werdenden Bevölkerung bestehe. Daher solle die Passung der Seniorenarbeit ständig überprüft werden.

Frau **Sperzel** erläutert, dass der Standort in der Stuttgarter Straße von Frau Becker geleitet werde und sie mit zwei weiteren Mitarbeitern Beratung und Vermittlung anbiete. Darüber hinaus seien noch ehrenamtlich Tätige vor Ort. Bei der Zukunftskonferenz und auch beim nachfolgenden Seniorenforum wolle man die angesprochenen Themen aufgreifen.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) ergänzt, dass die Vernetzung der nachbarschaftlichen Strukturen verfolgt werde und man durch das Mehrgenerationenhaus in Grünbühl-Sonnenberg vor Ort auch gut aufgestellt sei. Parallel würden auch die nachbarschaftlichen Netzwerke in der Oststadt geprüft. Darüber hinaus gebe es auch Gespräche über Standorte auf der Hartenecker Höhe. Die Begegnungsstätte in der Oststadt stelle jedoch ein Auslaufmodell dar. Dieses solle durch einen Neubau ersetzt oder mit anderen Einrichtungen kombiniert werden.